

10 Gebote der Humanisten an die Christen für Toleranz und Menschenwürde

Zur Auseinandersetzung mit christlichen Machtansprüchen in der Demokratie

von Wolfgang Lüder

Im Jahr 1997 haben die beiden christlichen Amtskirchen zunehmend ihre Machtansprüche eingefordert. Politiker der christlich benannten Unionsparteien haben sehr deutlich das Anrecht auf Dominanz des Christentums in Europa erhoben. Bundeskanzler Kohl, Fraktionschef Schäuble und andere wirken in Deutschland auf ein kirchlich-christlich geprägtes politisches und gesellschaftliches Leben hin. Beispielhaft geschah dies in Bayern mit der hartnäckigen Verteidigung des Kreuzifixes in Klassenzimmern und in Berlin mit der entschiedenen Forderung auf Einführung eines staatlichen Religionsunterrichts durch den Regierenden Bürgermeister Diepgen.

Die Stimmen der katholischen Kirche – etwa im weihnachtlichen *Spiegel*-Interview des Kardinals Dyba – aber auch aus dem evangelischen Lager fordern eine Rückkehr zu gefestigten Machtpositionen der großen Kirchen – auf evangelischer Seite am umfassendsten in der Erklärung des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland über *Christen und politische Kultur*, die im Herbst letzten des Jahres veröffentlicht wurde. Wir Humanisten sind gefordert, dem die Positionen der Konfessionsfreien entgegenzusetzen, wenn wir Toleranz und Menschenwürde in unserem Land und in Europa gewahrt wissen wollen.

Das Wollen und Tun maßgeblicher Politiker zugunsten der christlichen Kirchen und die Ansprüche der christlichen Kirchen an die Politiker lassen sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Die Präsenz des Christentums in staatlichen Institutionen und in der Gesellschaft sei auszubauen. Die „Prägestkraft des Christentums“ müsse anerkannt und umgesetzt und jeder Art „atheistischer Ideologie“ Widerstand entgegengesetzt werden. Die Kirchen trügen die hauptsächliche Verantwortung für die Prägung der Kultur, damit nicht „gottlose Hybris“ zum Zuge komme. Dafür benötigen die Kirchen mehr öffentliches Ansehen und Orientierungskraft, denn „wo der Glaube aufhört, fängt der Aberglaube an“ (Richard Schröder).

Für ethische Verantwortung von Humanisten bleibt in solcherlei christlichem Reden kein Raum. Beklagt wird, so von Bischof Dyba, daß „die Gesetze immer noch heidnisch werden“. Dem gelte es entgegenzutreten, denn, so derselbe Bischof, „Werte kommen aus dem Glauben“. Außerhalb des Glaubens der Christen fehlen sie demnach. Humanismus, Rückbesinnung auf ethische Grundwerte der Menschheit und ihre Quellen in der Antike, der Renaissance, der Aufklärung, der Klassik, aber auch in den Religionsstiftern des Judentums, aus dem auch der Islam hervorgegangen ist, kommt in den christlichen Ansprüchen nicht vor oder wird abgewertet. Betrachtungen über die ethischen und humanistischen Grundwerte außerhalb der christenkirchlich geprägten Staaten unterbleiben. Von den ethischen Grundwerten der vielfältigen asiatischen Religionen und Weltanschauungen wird bei den Christen nahezu nichts erwähnt. Man will sie gar – so ein CDU-Vorschlag in Berlin – dem christlichen Religionsunterricht zuordnen. Von den kirchlich geforderten Dissidentenmorden des Mittelalters – populär: den Ketzler- und Hexenverbrennungen – wird meist ge-

schwiegen. Von den christlich geförderten glaubensterroristischen Kreuzzügen wird in der öffentlichen Darstellung nur als angebliche Ausnahme von schönen Grundsätzen Kenntnis gegeben. Mit dem amtskirchlich tolerierten Schweigen zum Holocaust setzt man sich nur noch in kleinen Zirkeln auseinander. Der christlich-seelsorgerische Beistand zur Führung des völkermordenden Angriffskrieges Adolf Hitlers wird vergessen.

All dies läuft auf das Ziel hinaus, die prägende Kraft des Christentums zu stärken. Das ist die zentrale machtpolitische – ethisch verzierte – These von katholischer und evangelischer Kirche gleichermaßen. Wertebildung soll nicht demokratisch im Wettbewerb mit anderen Glaubensrichtungen geschehen oder gar anderen Ideen, schon gar nicht in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Humanismus, sondern durch staatlich-autoritäre Einflußnahme. Doch in unserem Land und in Europa organisieren die Christen nur einen – freilich wichtigen – Teil der Bürgerinnen und Bürger. Sie leisten nur einen – freilich bedeutenden – Beitrag zur kulturellen Entwicklung. Aber sie stellen einen gefährlichen Alleinvertretungsanspruch auf. Wir Humanisten sind gezwungen, wieder klare Worte zu sagen, im Namen der Demokratie. So wollen wir einmal unsererseits *10 Gebote* errichten, um unseren Anspruch auf Toleranz und Menschenwürde geltend zu machen:

1. Die Würde jedes Menschen, auch des Andersgläubigen und des Atheisten, ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist eine Grundvoraussetzung menschlichen Zusammenlebens, das die Menschen selbst meistern müssen. Sie allein, kein von ihnen geschaffenes oder beschriebenes höhergestelltes Wesen, schaffen die Grundlage für ein würdiges Miteinander in Staat und Gesellschaft. Niemand darf einen Anspruch erheben, allein oder in seiner Gemeinschaft im Alleinbesitz von absoluter Wahrheit oder allein gültigen kulturellen Werten zu sein.

2. Dem Alleinvertretungsanspruch in ethischen Fragen, wo auch immer er auftreten möge, gilt es Widerstand entgegenzusetzen.

Ein Alleinvertretungsanspruch sittlicher, kultureller oder ethischer Werte, wie ihn die monotheistischen Religionen für ihre, Gott genannte, Autorität in Anspruch nehmen, verstößt gegen den Grundsatz jeglicher Toleranz, das Andersartige des anderen als gleichwertig zu achten und zu respektieren.

3. Niemand sollte leichtfertig die Geschichte seiner Organisation oder Glaubenslehre schönfärben oder verkürzen.

Auch die christlichen Kirchen können ihre Ansprüche auf „Prägekraft in Staat und Gesellschaft“ nicht glaubwürdig vertreten, solange sie sich nicht kritisch distanzierend und analysierend auseinandersetzen mit der Vergangenheit ihrer Kirchen, als diese Religionskriege forderten und Dissidententötung und Völkermord schweigend duldeten.

4. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Handeln vor sich selbst und seinem eigenen Gewissen.

Keine Organisation, auch keine Kirche, ist berechtigt, das Individuum, den mündigen Bürger, zu bevormunden. Nur ein mündiger Bürger ist fähig zu größtmöglicher Selbstbestimmung. Die freie Bürgerin und der freie Bürger widerstehen am ehesten autoritärer Vormundschaft.

5. Freiheit sollte als die Chance zur Selbstbestimmung von Individuen und Gemeinschaften akzeptiert werden.

Christliche Ethik kann nur für gläubige Christen gelten und darf nicht Andersgläubigen oder Konfessionsfreien aufgezwungen werden. Am Beispiel des Schwangerschaftsabbruchs läßt sich zeigen, daß die Kirchen noch immer das Selbstbestimmungsrecht auch der nicht-christlichen Frauen einschränken möchten.

6. Keine Gruppierung darf den Staat für ihre eigenen Ziele in Anspruch nehmen.

Demokratie, die Voraussetzung für tolerantes und Menschenwürde achtendes Miteinander im Staat, kann nur dann Bestand haben, wenn sie von Demokraten und demokratisch organisierten gesellschaftlichen Gruppierungen praktiziert wird. Nicht Weisung von „oben“, sondern Wille von „unten“ gewährleistet ein demokratisches Fundament. Mitbestimmungsrechte im Staat dürfen in Demokratien nur diejenigen Organisationen in Anspruch nehmen, die auch selbst demokratisch strukturiert sind.

7. Die Menschenrechte sollten weltweit gelten.

Sie entspringen unterschiedlichen Kulturen mit monotheistischen, polytheistischen und pantheistischen Religionen, insbesondere aber einer glaubensfreien Ethik. Sie spiegeln die ethischen Werte wider, denen wir Humanisten uns verpflichtet sehen. Sie entspringen der Verpflichtung zur Menschlichkeit. Selbstverantwortung und Solidarität der Menschen untereinander machen die Verwirklichung der Menschenrechte zu einem Schwerpunkt humanistischer Praxis. Humanistische Grundwerte folgen der von jedem Menschen zu verantwortenden Ethik, nicht kirchlichem Dogma.

8. Niemand sollte falsch Zeugnis reden wider seinen Nächsten.

Die zunehmend verbreitete Behauptung christlicher Repräsentanten und Politiker, glaubensfreie Bürger seien nicht bereit oder in der Lage, nach ethischen Werten zu leben oder diese zu vermitteln, beweist geschichtslose Ignoranz und Intoleranz und zeigt eine Fehlhaltung christlicher Politiker und kirchlicher Repräsentanten auf. Geradezu gefährlich ist der Anspruch, das Christentum sei alleiniger Garant für Demokratie.

9. Toleranz erfordert Chancengleichheit für Kirchen und Weltanschauungsorganisationen.

Keine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft darf vom Staat bevorzugt oder benachteiligt werden, insbesondere nicht in den Möglichkeiten ihrer Finanzierung. Die dem deutschen Kulturraum eigentümliche Kirchenfinanzierung durch staatlichen Kircheneinzug ist mit den Grundsätzen der Trennung von Staat und Kirche nicht zu vereinbaren und aus verfassungspolitischen Gründen abzuschaffen; der staatliche Kirchensteuereinzug widerspricht außerdem den Grundsätzen der Harmonisierung der europäischen Rechtsordnungen im Rahmen des zusammenwachsenden Europas und ist insbesondere im Steuerbereich und aus europapolitischen Gründen zu beenden. Die Benachteiligung konfessionsfreier Organisationen bei der Regelung von Steuerbegünstigungen beeinträchtigt die Chancen der Humanisten in unserem Staat in unakzeptabler Weise und bevorzugt grundlos die christlichen Konfessionen.

10. Niemand sollte glauben, es gäbe absolute Wahrheiten.

Humanisten lehnen jeden Dogmatismus ab. Sie fördern den friedlichen Austausch von Ideen und werden jedem Machtanspruch einer Konfession widersprechen. Wir wollen die Verwirklichung des Grundgesetzes, das die Einführung staats-kirchlicher Rechtsformen verwehrt und die Privilegierung bestimmter Bekenntnisse ebenso wie die Ausgrenzung Andersgläubiger und Glaubensloser untersagt, das nicht auf die zahlenmäßige Stärke oder die soziale Relevanz einer Gruppe Rücksicht nimmt, sondern eine am Gleichheitsgrundsatz orientierte Behandlung der verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu achten verlangt, wie es das Bundesverfassungsgericht konkretisierend fordert.

Mit den *10 Geboten der Humanisten an die Christen* soll kein neuer Dekalog errichtet, sondern mit Vorschlägen zur Güte auf Beleidigungen reagiert werden, die wir täglich erfahren. Es geht hier nicht um einen neuen Katechismus, gar um ewige Werte auf steinernen Tafeln, sondern um Angebote zur Fairneß, zur Wahrung der Grundsätze der Toleranz und zur Einhaltung der Menschenrechte hier bei uns. Die Mitglieder des *Humanistischen Verbandes* respektieren alle religiösen und weltanschaulichen Orientierungen, weil sie die Freiheit des Andersdenkenden verteidigen. Religiöse und nichtreligiöse Weltanschauungsgemeinschaften aber müssen in unserer Gesellschaft Gleichbehandlung erfahren. Die ungerechtfertigte und unzeitgemäße Dominanz der christlichen Kirchen, die in vielen Bereichen einem Monopol gleichkommt, ist zu beenden.

Aus: *humanismus aktuell*, Heft 2 (1998), Seite 5-7.